

## AKTUELL

NATO-GIPFEL IN DEN HAAG

# Zusagen und Zahlenspiele

Thorsten Fuchshuber

**Ganze fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Nato-Mitgliedsstaaten sollen spätestens ab 2035 jährlich in den Militärhaushalt fließen. Doch was in Den Haag vereinbart wurde, wird noch für Rechenübungen sorgen.**

Am Mittwoch wurde offiziell verabschiedet, was bereits vor dem Gipfel in Den Haag von Politik und Medien als größter Umbruch in der Geschichte der Nato bezeichnet worden ist: Fünf Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) werden die Mitglieder des Bündnisses künftig aufwenden, um ihr Militär auf Vordermann zu bringen. Dabei hatten sich noch bis kurz vor dem Gipfel mehrere Staaten abgemüht, mit einiger Trickserei das alte Ziel von zwei Prozent zu realisieren. In spätestens zehn Jahren jedoch sollen alle ein Ausgabenniveau erreicht haben, das mehr als doppelt so hoch ist und sämtliche bisherigen Vorstellungen sprengt. Davon können 1,5 Prozent über „verteidigungsrelevante Infrastruktur“ abgerechnet werden, zu denen unter anderem der Straßenbau gehört. Solche Ausgaben sind in vielen Haushalten auch unter zivilen Gesichtspunkten bereits vorgesehen. Die restlichen 3,5 Prozent sollen aber unmittelbar in Rüstung und Armee fließen. Das neue Ziel geht auf eine entsprechende Forderung von US-Präsident Donald Trump zurück.

Das geplante Budget klingt astronomisch. Doch laut Nato entspricht es den Summen, die die jeweiligen Mitgliedsstaaten aufwenden müssen, um maßgeschneiderte militärische Kapazitäten zu entwickeln. Angesichts der Bedrohung, die von der Russischen Föderation unter Wladimir Putin ausgeht, sei dies unabdingbar, wie viele der Staats- und Regierungschefs bei ihrer Ankunft am Mittwochmorgen betonten. Die spanische Regierung ließ indes wissen, dass man die geforderten Fähigkeiten mit einem geringeren Prozentsatz (2,1 Prozent) zu erfüllen gedenke. Träfe dies zu, müsse Spaniens Auslegung der neuen Regelung für alle gelten, meinte daraufhin Belgiens Premierminister Bart de Wever.

„Den Weg dahin muss jeder Staat selbst beschließen“, so der luxemburgische Premierminister Luc Frieden. Dies hänge auch von der jeweiligen geografischen Lage ab. Offen ließ er, was das konkret für Luxemburg bedeute: „Wir werden unsere Ausgaben in den nächsten zehn Jahren steigern“, sagte er. Sich auf Prozente zu fokussieren, mache dabei allerdings keinen Sinn. Zudem

hätten die Nato-Staaten eine Klausel verabredet, um die Situation 2029 noch einmal zu evaluieren, denn „die Welt ändert sich derzeit sehr schnell“.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán sagte, er halte das neue Ziel, gegen das er kein Veto einlegte, für nicht erreichbar. Ohnehin sei nicht die Sicherheit, sondern die mangelnde ökonomische Konkurrenzfähigkeit das größte Problem Europas. Gerade durch die Aufrüstung erhoffen sich indes nicht wenige der 32 Nato-Mitgliedsstaaten vermutlich einen wirtschaftlichen Schub. Die geplanten Investitionen könnten „einen kräftigen Rückenwind für wichtige Branchen auslösen“, so EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im vergangenen März. „In gewisser Weise befinden wir uns bereits in einer Kriegsökonomie“, sagte der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur gegenüber der woxx mit Blick auf den explosionsartig gestiegenen Militärhaushalt nicht nur in seinem Land. Die Auftragsbücher vieler Rüstungsunternehmen seien auf Jahre hin ausgebucht.

## Ukraine unter Druck

Neben der Frage der Finanzierung war die Ukraine eines der wichtigsten Themen des Gipfels, auch wenn es dieses Mal keine eigene Arbeitssitzung dazu gab. Dem Land stehe ein „sehr schwieriger Sommer“ bevor, sagte ein hochrangiger Beamter der Nato angesichts der jüngsten russischen Geländegewinne auf dem Schlachtfeld. Diese seien zwar „klein“, aber dennoch ernst zu nehmen. Zugleich hätten die Angriffe auf ukrainische Städte ein neues Niveau erreicht. Für ernstgemeinte Friedensverhandlungen sehe er keine Perspektive, so der Nato-Beamte, denn die Kriegsziele Putins hätten sich nicht verändert.

„Als jemand, der die Arbeitnehmer in der Ukraine vertritt“, nehme sie die Notwendigkeit, „Europas Fähigkeiten im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu verbessern“, sehr ernst, teilte Esther Lynch, die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC), am Rande des Nato-Gipfels mit: „Eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben darf jedoch nicht zu Angriffen auf den Lebensstandard der Menschen in ganz Europa führen.“ Déi Lénk bezeichneten das neue Finanzierungsziel in einer Presseerklärung als „Katastrophe“. Um US-Präsident Trumps Wünsche zu erfüllen, nehme man „massiven Sozialabbau und eine Militarisierung der Gesellschaft“ in Kauf.

## SHORT NEWS

## Croissance démographique : un enjeu démocratique

(mes) – La Plateforme immigration intégration Luxembourg (PiiLux) a organisé, ce mercredi 25 juin, une table ronde afin d’attirer l’attention sur l’évolution démographique et migratoire de la population au Luxembourg, en constante croissance, et la nécessité de prendre davantage de mesures. En effet, de fausses notions et un manque de prise de conscience politique dominant, selon Sosthène Lembella, le président de piiLux. Ainsi, alors que le chiffre souvent indiqué pour décrire l’immigration est de 10.000 étranger·ères par année, la réalité est plus nuancée : en moyenne, 25.000 nouvelles personnes arriveraient chaque année sur le territoire luxembourgeois. Certes, environ 15.000 personnes quitteraient le pays annuellement, mais il n’empêche que les communes devraient être plus préparées, compte tenu de l’augmentation de la population, a dit Antoni Montserrat Moliner de PiiLux : « Ces chiffres ont des conséquences sur les systèmes d’accueil, pour les écoles, le marché de travail, et les structures de transport et de santé. » Les conséquences de cette croissance démographique, liée au nombre de nouvelle·aux arrivant·es, mais aussi le taux de vieillissement, s’observe entre autres sur les listes électorales et chez des candidat·es politiques, a ajouté Sylvain Besch, responsable du Cefis. Tandis que seule la moitié de la population a le droit de participer aux élections législatives, cela crée un « problème de légitimité » pour le gouvernement. Or, en dehors des périodes électorales, la problématique ne figure guère dans les débats, déplorent les experts. En conséquence, la PiiLux organisera le 22 septembre une prochaine table ronde, centrée cette fois-ci sur la participation électorale des résident·es non-luxembourgeois·es.

## Zwei mal Mitbestimmung im Umweltbereich

(ja) – Die Regierung hat das nationale Mitbestimmungsportal enquetes.public.lu wiederentdeckt (woxx 1828). Nach langer Pause, während der lediglich Gemeinden über laufende Prozeduren informiert haben, sind aktuell gleich zwei Projekte online, bei denen die Regierung um Mithilfe bittet. Die Mitbestimmungsphase für insgesamt fünf Aktionspläne gegen Lärm läuft noch bis zum 12. August. Einer davon, der Plan zum Flugzeuglärm, dürfte besonders die Menschen interessieren, die in oder in der Nähe einer Einflugschneise leben. Die anderen Lärmpläne beziehen sich auf den Straßen- und Schienenverkehr, sowie die urbanen Gebiete rund um Luxemburg-Stadt und im Süden des Landes. Das zweite Projekt ist der nationale Abfallplan, der Ziele für die verschiedensten Abfallgruppen bis 2031 festlegen soll. Es geht vor allem darum, wie Abfälle in Zukunft vermieden und Ressourcen möglichst wiederverwendet werden können. In den Plan sind neben nationalen Strategien wie „Null Offall“ auch europäische Richtlinien wie jene zum Verpackungsmüll einbegriffen. Hier läuft die Begutachtungsfrist noch etwas länger, nämlich bis zum 1. Oktober. Alle Dokumente können auf enquetes.public.lu eingesehen werden. Stellungnahmen zu den Plänen der Regierung können online über eine Verbindung mit der „Guichet“-Plattform abgegeben werden. Diese sollen dann bei einer Überarbeitung der Dokumente berücksichtigt werden.

## Le Conseil européen torpille le devoir de vigilance

(fg) – Les représentant·es des États membres de l’UE ont réduit la directive sur le devoir de vigilance à peau de chagrin, lors d’une réunion à Bruxelles, lundi 23 juin. Ils et elles ont validé la position du Conseil européen sous le prétexte de doper la compétitivité des entreprises, allant ainsi au-delà de la directive Omnibus 1 de la Commission, qui marquait déjà un recul considérable. La directive, qui doit obliger les multinationales au respect des droits humains et environnementaux, ne s’appliquera plus qu’aux multinationales de plus de 5.000 salarié·es, réalisant un chiffre d’affaires supérieur à 1,5 milliard d’euros. Quelque 80 % des entreprises précédemment concernées seraient ainsi exclues du champ d’application. La responsabilité des sociétés sur l’ensemble de leur chaîne de valeur est également remise en cause, le Conseil la limitant aux seuls partenaires commerciaux directs, alors que les violations les plus graves des droits ont souvent lieu au-delà de ce premier cercle. Il n’y aura pas non plus d’harmonisation européenne sur la responsabilité civile des entreprises, chaque État se voyant renvoyé à son propre régime juridique. Le volet climatique est également réduit à néant, chaque entreprise étant libre de juger si la mise en œuvre des plans de transition est raisonnable ou non pour son activité. Cette position devra maintenant être négociée avec le Parlement européen. « Le basculement des instances européennes vers l’extrême droite se concrétise », a réagi la Fédération internationale pour les droits humains, pour qui « les intérêts privés prennent le pas sur les droits fondamentaux et l’avenir de la planète ».